

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 42 (1950)
Heft: 10

Artikel: Ein Rückblick der SUVA
Autor: Bohren, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353461>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Boden, wenngleich seine Leistungen weit hinter denjenigen des SGB und seiner Verbände zurückstehen. Kläglich steht es freilich auch beim Christlichnationalen Gewerkschaftsbund, dessen Kopfquote keine 5 Fr. erreicht.

Wo den Mitgliedern als Gegenleistung für ihre billigen Beiträge gar nichts geboten werden kann, sind selbst diese «billigen» Beiträge zu teuer, weil sie nur in Verwaltungskosten aufgehen.

Die Schlussfolgerung unserer Untersuchung kann deshalb kurz lauten: *Die billigen Beiträge der Minderheitsgewerkschaften sind eine Fiktion, denn die entsprechenden Gegenleistungen sehen im Vergleich zu den freien Gewerkschaften auch «sehr billig» aus.*

Willy Keller.

Ein Rückblick der SUVA

Gleichzeitig mit ihrem Bericht über das Jahr 1949 gibt die Suva Ergebnisse der Statistik aus der Berichtsperiode 1943 bis 1947 bekannt, Ergebnisse, die nicht nur für die Versicherten und Prämienzahler, sondern auch für die Allgemeinheit von Interesse sind.

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes ergibt eine Bestätigung der aus andern Unterlagen bereits festgestellten Steigerung des Beschäftigungsgrades, aber auch der Geldentwertung. Der Vergleich mit dem Krisenjahr 1936, das einen Tiefpunkt im Versicherungsbestand darstellt, ergibt als

	Zahl der Vollarbeiter in Tausend	Versicherungslohnsumme in Millionen Fr.
1936	589	1741
1947	965	4879
Zunahme	376	3138
oder	64 %	180 %

Hätte die Anstalt sich als gewöhnliche Versicherungsgesellschaft gefühlt, hätte diese Erscheinung sie nicht zu rühren brauchen; als Sozialversicherung musste sie die Ueberlegung machen, dass das unverhältnismässige Ansteigen der Lohnsumme als Folge der Geldentwertung die Bezüger von Renten aus früheren Perioden notleidend machen müsse und dass selbst unter Missachtung versicherungstechnischer Grundsätze Mittel und Wege gesucht werden müssten, um diesen Rentenbezüger zu helfen. Die Anstalt hat einen Weg gefunden, und sie kann nun mit Unterstützung des Bundes angemessene Teuerungszulagen ausrichten. Die Zunahme im Versicherungsbestand ist keine gleichmässige in den Berufsgruppen. Die stärkste Zunahme gegenüber der letzten Periode haben wir in der Metallindustrie sowie im Bauwesen. Abnahmen haben wir in der Textilindustrie, bei den Bahnen sowie bei den Licht- und Wasserwerken.

Im Bericht über die Zahl der Unfälle wird zunächst festgestellt, dass nur noch selten angemeldete Unfälle abgelehnt werden müssen, und wenn wir, wie aus den Jahresberichten erkennbar ist, feststellen, dass auch in den wenigen Streitfällen über Versicherungsleistungen der Richter selten zuungunsten der Anstalt entscheidet, so wird sogar der Gegner der Anstalt zugeben müssen, dass im ganzen Betrieb ein Ruhezustand eingetreten ist, dass ein Mangel an sozialem Verständnis nicht nachweisbar ist, so dass, wie Kollege Bernasconi an anderer Stelle schon festgestellt hat, die Anstalt als Schreckgespenst in den Diskussionen über Wirtschaftsfragen nicht mehr dienen kann. Die Zahl der Unfälle ist stark gestiegen, zunächst als Folge der Ausdehnung des Versichertenbestandes, dann aber auch infolge einer bedeutenden Risikoerhöhung, und zwar in beiden Versicherungsabteilungen. Wir haben

	Unfälle auf 10 000 Vollarbeiter		
	1938—1942	1943—1947	Zunahme in %
Betriebsunfälle	1991	2364	18,7
Nichtbetriebsunfälle	706	802	13,6

Bei den Betriebsunfällen scheint im Jahre 1947 das Maximum erreicht worden zu sein, so dass mit einem Rückgang gerechnet werden kann, während bei den Nichtbetriebsunfällen die Steigerung weiter anhält, so dass die Erhöhung der Prämien gerechtfertigt erscheint. Die Unfallohäufigkeit allein genügt zur Bestimmung des Risikos nicht; es kommt auch die Unfallschwere in Betracht. Aber diese, bestimmt in der Zahl der verlorenen Arbeitstage pro Vollarbeiter, ergibt dasselbe Bild wie bei der Unfallohäufigkeit mit einem Maximum bei den Betriebsunfällen im Jahre 1945 und einer ständigen Zunahme bei den Nichtbetriebsunfällen. Die Beobachtung der beiden für die Bestimmung der Unfallschwere massgebenden Faktoren, die Heildauer und der Heilerfolg, ergibt zunächst, dass das Verhältnis zwischen Heilkosten und Lohnentschädigung stabil geblieben ist, dass aber die Dauer der Arbeitsunfähigkeit gegenüber den früheren Perioden gestiegen ist; wir haben als durchschnittliche Zahl der durch Krankengeld entschädigten Tage:

	1933—1937	1938—1942	1943—1947
Betriebsunfälle	15,2	16,3	16,7 Tage
Nichtbetriebsunfälle	16,2	17,2	17,5 »

wobei zur Beruhigung beigelegt werden kann, dass das Maximum erreicht zu sein scheint, indem in den letzten Jahren in beiden Abteilungen ein Absinken festzustellen ist.

Die Heilerfolge können befriedigen, und sie stellen der medizinischen Wissenschaft in unserem Lande ein gutes Zeugnis aus. Bei 98 Prozent der Verunfallten ist mit dem Abschluss des Heilverfahrens

rens die Arbeitsfähigkeit wieder vollständig hergestellt. Wie wertvoll das ist, geht daraus hervor, dass die Rentenleistungen an die invalid gebliebenen 2 Prozent der Verunfallten immer noch die Hälfte der gesamten Unfallbelastung ausmachen, aber auch bei weitherziger Zusprechung die verlorene Arbeitsfähigkeit nicht zu ersetzen vermögen. Verständlich ist, dass bei der festgestellten allgemeinen Zunahme der Unfallhäufigkeit trotz der Fortschritte im Heilverfahren auch die absolute Zahl der Rentenfälle gestiegen ist; auch die Zahl der Todesfälle ist gestiegen, und wenn auch, gestützt auf die Ergebnisse der letzten Jahre, mit einem Rückgang der Invalidität und Todesfälle gerechnet werden kann, so wird die Anstalt infolge der notwendig gewordenen Aenderung in der Berechnung der Deckungskapitalien mit erhöhten Belastungen in den Bilanzen rechnen müssen.

Von besonderem Interesse sind wieder die Angaben über die Ergebnisse der Unfallverhütung. Es sei daran erinnert, dass die Anstalt die erste Versicherungsgesellschaft war, die sich mit dem Studium von technischen Massnahmen zur Unfallverhütung befasste, in der Erkenntnis, dass diese Studien nicht dem einzelnen Betriebsinhaber zugemutet werden können. Vor ihr wurde der Feldzug gegen Betriebsunfälle zur Hauptsache mit schönen Plakaten geführt, die den Arbeiter auf Gefahren aufmerksam machen und zur Vorsicht anhalten sollen, gewiss auch ein verdienstvolles Unterfangen, das aber einen schweren Nachteil in sich schloss. Die Schuld an Unfällen wird allzu leicht auf den Arbeiter abgewälzt, und der Arbeitgeber glaubt ganz gerne, mit der Aufhängung der von den Druckereien so sehr empfohlenen schönen Plakate seine Pflicht, den Betrieb möglichst unfallsicher zu gestalten, erfüllt zu haben. Das erste technische Studium der Anstalt galt den Holzbearbeitungsmaschinen. Der Erfolg ist ausgewiesen; es konnten nicht nur die Prämiensätze in verschiedenen Klassen gesenkt werden, und dies trotz der gewaltigen Beanspruchung der Holzindustrie in den Kriegsjahren. Das zweite technische Studium galt der Herstellung einer den Bedürfnissen entsprechenden Schutzbrille. Auch diese Tätigkeit hat Früchte getragen. Die Brillen der Anstalt finden sich heute überall; ich habe sie sogar in Algier angetroffen, und die Anstalt hat im Jahre 1949 deren über 30 000 verkauft. Der Erfolg ist da; bei der im Jahre 1928 festgestellten Unfallhäufigkeit hätten im Jahre 1945 insgesamt 10 526 Augenunfälle eintreten sollen; in Wirklichkeit waren es nur 7104, also 3422 weniger, was einer Minderbelastung von rund 1,5 Millionen Franken entspricht.

Eine dritte Aufgabe, der sich die Anstalt mit aller Energie angenommen hat, ist die Bekämpfung der Silikosegefahr. Die Anstalt hat sich mit Vertretern der technischen und medizinischen Wissenschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung und Erforschung der Silikose zusammengeschlossen, die in enger Fühlung

mit ausländischen Forschungsstellen die Probleme zu lösen versucht. Ergebnisse sind auch hier ausgewiesen. Wir haben

	neu anerkannte Fälle	Belastung in Mill. Fr.
1945	358	2,6
1946	308	3,1
1947	262	3,0
1948	201	3,5

Die Zahl der neuen Fälle hat also erheblich abgenommen; dagegen ist die Belastung gestiegen infolge der Zusprechung von Hinterlassenenrenten aus Silikosefällen früherer Jahre. Es bleibt zu hoffen, dass die vereinten Anstrengungen aller Beteiligten dieses, auch vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet, sehr ernste Problem noch zu einer bessern Lösung führen wird.

Selbstverständlich begnügt sich die Anstalt nicht mit technischen Massnahmen; sie macht auch in Aufsicht und Belehrung. Was ihr in erster Linie Genugtuung geben kann, ist, dass sie die Betriebsinhaber zur Erkenntnis gebracht hat, dass sich die Unfallverhütung auch wirtschaftlich lohnt, und wir haben heute in vielen Betrieben eigentliche Unfallverhütungsstellen; verwiesen sei beispielsweise auf die gut ausgebaute Stelle der SBB. Wir haben heute auf dem Gebiete der Unfallverhütung Verhältnisse, wie wir sie wohl nirgends finden, und dies infolge der durch das Gesetz der Anstalt gegebenen Monopolstellung und Machtmittel. Der staatliche Eingriff in die Betriebsführung und Wirtschaftsverhältnisse hat sich also sicher gelohnt, und der freiheitsliebende Eidgenosse hat sein Opfer nicht umsonst gebracht.

Der Bericht der Anstalt gibt im weiteren Beobachtungen über Schädigungsarten und über Unfallursachen in verschiedenen Industrien, die hier übergangen werden müssen.

Die Ergebnisse können etwa wie folgt zusammengefasst werden:

1. Die Unfallverhütung als erste Aufgabe der Anstalt hat schöne Erfolge aufzuweisen, und ihre Organisation ist sicher eine der besten, und wenn sie bei der besondern Wirtschaftsgestaltung mit hoher Unfallgefahr nicht eine allgemeine Herabsetzung des Risikos hat zu bewirken vermögen, so ist ganz sicher, dass ohne ihre Tätigkeit die Unfallbelastung eine weit höhere gewesen wäre.

2. Die richtige Einschätzung der Ergebnisse der eigenartigen Betriebsverhältnisse der Periode und die Zurückhaltung in der Erhöhung der Prämien in der Versicherung der Betriebsunfälle haben sich bewährt, und es werden nun infolge der geänderten Wirtschaftsverhältnisse sogar Herabsetzungen der Prämien in bestimmten Klassen möglich werden. Die in der Versicherung der Nichtbetriebsunfälle rechtzeitig vorgenommene und von den Versicherten mit Verständnis hingenommene Erhöhung hat zur Folge, dass ohne

grössere Opfer das stark gestörte finanzielle Gleichgewicht wieder hergestellt werden können.

3. Der Lauf der Dinge, insbesondere die Ausrichtung von Teuerungszulagen, das heisst die nachträgliche Anpassung bereits festgesetzter Versicherungsleistungen an den Geldwert sind sicher ein Beweis dafür, dass die Schaffung einer sozialen Unfallversicherung das richtige war und dass es zu bedauern ist, dass sie eine Klassenversicherung geblieben ist und dass nicht alle Lohnarbeiter ihre Vorteile geniessen können.

Dr. A. Bohren.

Der 82. Jahreskongress des Englischen Gewerkschaftsbundes

Achtzig Entschliessungen, eingereicht von den dem TUC angeschlossenen 186 Gewerkschaftsverbänden, lagen dem diesjährigen Jahreskongress vor; dazu etwa ein Dutzend Berichte und Anträge des Generalrats. In ihnen waren die Vorschläge niedergelegt, die nach der Auffassung des aktivsten Teils der 8 Millionen organisierten Gewerkschafter und ihrer Führung durchgeführt werden müssen, wenn die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung den Zielen des gewerkschaftlichen Kampfes nähergebracht werden soll. Die von den gewerkschaftlichen Organisationen kommenden Entschliessungen sind meistens schon vor mehreren Monaten formuliert und auf den verschiedenen Gewerkschaftskonferenzen im Frühjahr und Sommer beschlossen worden. Es konnte darum in ihnen nicht die Verschärfung der internationalen politischen Situation Berücksichtigung finden und auch keine Stellung zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen genommen werden, die die stark erhöhten Rüstungsausgaben für die englische Arbeiterschaft haben werden.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik

Der Kongress brachte eine Ueberraschung, indem er im Gegensatz zu den Empfehlungen des Generalrates einer Entschliessung zustimmte, die mit der seit länger als zwei Jahren von den Gewerkschaften geübten Zurückhaltung Schluss gemacht wissen will. Der Kongress von 1947 hatte mit überwältigender Mehrheit beschlossen, angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten keine allgemeinen Forderungen auf Erhöhung der Lohnsätze zu stellen. Auf dem vorjährigen Kongress wurde diese Stellungnahme beibehalten, aber gleichzeitig gefordert, dass der TUC auf die Regierung einwirke, um eine Beschränkung der Profite und Massnahmen gegen die Preissteigerung zu erreichen.

Die Delegierten waren 1949 kaum nach Hause gereist, als die Abwertung der Währung durchgeführt wurde. Um ihren Erfolg zu